

Unterlagen für Ihre Mitgliedschaft im bdla

Vielen Dank für Ihr Interesse! Bitte beachten Sie, dass Sie mit der Mitgliedschaft im Bundesverband gleichzeitig die Mitgliedschaft in einem Landesverband erwerben.

Auf den nachfolgenden Seiten finden Sie folgende Dokumente zu Ihrer Mitgliedschaft:

- Satzung des bdla-Bundesverbands
- Beitragsordnung des bdla-Bundesverbandes
- Beitragsübersicht Bundesverband
- Mitgliederordnung des bdla-Bundesverbands
- Satzung des Landesverbands Sachsen
- Beitragsordnung des Landesverbands Sachsen

Den Antrag auf Mitgliedschaft senden Sie bitte an den Landesverband Sachsen.

Bitte reichen Sie Ihren Mitgliedsantrag bevorzugt per Mail an aufnahme-bdla-sachsen@bdla.de ein, vielen Dank!

Haben Sie Fragen zu Ihrer Mitgliedschaft in der Landesgruppe?

Bund Deutscher Landschaftsarchitekten bdla
Landesgeschäftsstelle Sachsen e.V.
Angela Schüler
Landschaft + Design
Jacobistraße 7
01309 Dresden
Tel. 03 51/31 55 10 92
Fax 03 51/8 48 01 10
E-Mail: sachsen@bdla.de

Ihr Kontakt zu allgemeinen Fragen der Mitgliedschaft:

Bund Deutscher Landschaftsarchitekt:innen bdla
Wilhelmine-Gemberg-Weg 6, Aufgang A
10179 Berlin
Tel.: 0 30/27 87 15 - 15
Fax: 0 30/27 87 15 - 55
E-Mail: info@bdla.de

Satzung

§ 1 Name, Sitz, Geschäftsjahr

1. Der Verein führt den Namen »Bund Deutscher Landschaftsarchitekt:innen bdla«, nachfolgend »bdla« genannt.
2. Der bdla hat seinen Sitz in Berlin und ist in das Vereinsregister beim Amtsgericht Berlin-Charlottenburg eingetragen. Er unterhält an seinem Sitz eine Bundesgeschäftsstelle.
3. Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

§ 2 Zweck

1. Der bdla ist der freiwillige Zusammenschluss von Architekt:innen der Fachrichtung Garten- und/oder Landschaftsarchitektur (nachfolgend »Landschaftsarchitekt:innen« genannt) sowie von Personen, die eine Ausbildung in den Fachrichtungen der Landschaftsarchitektur an einer Universität oder Fachhochschule abgeschlossen haben, soweit sie in Deutschland tätig sind oder die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen, nach Maßgabe dieser Satzung und der dazu beschlossenen Mitgliederordnung.

Die nachfolgenden personenbezogenen Benennungen beziehen sich auf Personen jeden Geschlechts.

2. Der bdla vertritt die fachlichen und wirtschaftlichen Interessen seiner Mitglieder.
3. Der bdla verfolgt keine religiösen, parteipolitischen oder eigenwirtschaftlichen Ziele.

§ 3 Aufgaben

1. Der bdla verfolgt insbesondere folgende Aufgaben:
 - a) Wahrnehmung der berufsständischen Interessen der Landschaftsarchitekt:innen gegenüber Öffentlichkeit, Politik, Verwaltung, Wirtschaft, Kultur und anderen berufsständischen Organisationen;
 - b) Vertretung der fachlichen Interessen der Landschaftsarchitekt:innen;
 - c) regelmäßige Information der Mitglieder über die wesentlichen und aktuellen berufsständischen Angelegenheiten;
 - d) Beteiligung an der Berufsausbildung und Weiterbildung der Landschaftsarchitekt:innen, Förderung von Wissenschaft und Technik;
 - e) Vertretung des Berufsstandes der deutschen Landschaftsarchitekt:innen in nationalen und internationalen Organisationen, insbesondere in der International Federation of Landscape Architects (IFLA) und International Federation of Landscape Architects Europe;
 - f) Überprüfung der Einhaltung der Berufsgrundsätze durch seine Mitglieder;
 - g) Übernahme und Vergabe von berufsstandsbezogenen Aufträgen, soweit diese nicht in den Tätigkeitsbereich von Landschaftsarchitekt:innen fallen.
2. Die Organe des bdla können die Wahrnehmung weiterer Aufgaben beschließen.
3. Der bdla kann sich zur Erfüllung seiner Aufgaben auch an anderen Organisationen und Gesellschaften beteiligen.

§ 4 Mitgliedschaft

1. Der bdla ist ein Wahlbund. Ein Rechtsanspruch auf Mitgliedschaft besteht nicht.
2. Die Mitgliedschaft kann nach Maßgabe der Mitgliederordnung erworben oder verliehen werden als
 - a) ordentliches Mitglied,
 - b) außerordentliches Mitglied,

c) korrespondierendes Mitglied,

d) Ehrenmitglied.

3. Als ordentliche Mitglieder sind die Personen aufzunehmen, die berechtigt sind, die Berufsbezeichnung »Garten- und Landschaftsarchitektin« bzw. »Garten- und Landschaftsarchitekt« oder »Landschaftsarchitektin« bzw. »Landschaftsarchitekt« zu führen.

4. Als außerordentliches Mitglied können aufgenommen werden:

a) Personen mit einem Studienabschluss in den Fachrichtungen der Landschaftsarchitektur, die nicht zur Führung der in Absatz 3 genannten Berufsbezeichnung berechtigt sind.

b) Angehörige anderer Fachdisziplinen, die überwiegend in den Bereichen der Landschaftsarchitektur tätig sind, sofern sie die Satzung und Berufsgrundsätze des bdla anerkennen und sich an diese halten.

Außerordentliche Mitglieder haben die gleichen Rechte und Pflichten wie ordentliche Mitglieder, sofern in dieser Satzung, der Mitgliederordnung und der Beitragsordnung nichts anderes geregelt ist.

5. Als korrespondierende Mitglieder kann das Präsidium solche Personen berufen, die, ohne die Voraussetzungen für eine ordentliche oder außerordentliche Mitgliedschaft zu erfüllen, die Zielsetzungen des bdla aktiv unterstützen. Sie haben die Rechte und Pflichten eines ordentlichen Mitgliedes mit Ausnahme des Stimmrechtes und des aktiven und passiven Wahlrechtes, soweit in dieser Satzung, der Mitgliederordnung und der Beitragsordnung nichts anderes geregelt ist.

6. Die Ehrenmitgliedschaft kann auf Antrag einer Landesgruppe oder des Präsidiums vom Beirat Persönlichkeiten verliehen werden, die sich um den bdla oder die Interessen der Landschaftsarchitekt:innen in besonderer Weise verdient gemacht haben. Sie stehen einem ordentlichen Mitglied gleich, sind jedoch von der Beitragspflicht befreit.

7. Die Aufnahme eines Mitglieds erfolgt gemäß der Mitgliederordnung des bdla, die Bestandteil der Satzung ist.

8. Die Mitgliedschaft endet durch Tod, Austritt oder durch Ausschluss des Mitgliedes. Der Austritt kann nur zum Ende eines Kalenderjahres erklärt werden; die Erklärung ist schriftlich an die Bundesgeschäftsstelle zu richten und muss spätestens bis zum 30. September des laufenden Kalenderjahres dort eingegangen sein. Der Ausschluss eines Mitgliedes wird durch die Mitgliederordnung geregelt.

9. Als Juniormitglieder können die Landesgruppen nach eigenem Ermessen Studierende und Absolvent:innen der Fachrichtungen der Landschaftsarchitektur, die Mitglied im bdla werden wollen, nach näherer Maßgabe der Mitgliederordnung aufnehmen.

§ 5 Landesgruppen

1. Die Mitglieder in einem Bundesland bilden eine Landesgruppe; die Mitglieder aus mehreren Bundesländern können sich zu einer Landesgruppe zusammenschließen.

2. Die Mitgliedschaft in der Landesgruppe wird durch die Aufnahme in den bdla erworben; jedes Mitglied gehört der Landesgruppe an, an die der Aufnahmeantrag nach der Mitgliederordnung zu richten ist. Näheres regelt die Mitgliederordnung. Die Beendigung der Mitgliedschaft im bdla hat die Beendigung der Mitgliedschaft in den Landesgruppen zur Folge.

3. Die Satzung einer Landesgruppe darf der Satzung des bdla nicht widersprechen. Die Rechte und Pflichten des Mitgliedes gegenüber dem bdla bleiben durch die Satzungsbestimmungen der Landesgruppe unberührt. Aufstellung und Änderung der Satzung einer Landesgruppe sind der Bundesgeschäftsstelle des bdla unverzüglich mitzuteilen.

4. Die Landesgruppen können eine eigene Rechtsform annehmen.
5. Jede Landesgruppe nimmt in ihrem Bereich neben den Aufgaben des bdla gemäß § 3 die landesspezifischen Belange der Mitglieder, erforderlichenfalls in Abstimmung mit den Organen des bdla, wahr.
6. Jede Landesgruppe ist berechtigt, in Vertretung ihrer Mitglieder Anträge an die Organe des bdla zu stellen.
7. Die Landesgruppen können für ihre Mitglieder Zusatzbeiträge beschließen.
8. Die Niederschriften über die Mitgliederversammlungen der Landesgruppen sind unaufgefordert und unverzüglich der Bundesgeschäftsstelle zuzuleiten.

§ 6 Rechte und Pflichten der Mitglieder

1. Jedes Mitglied ist berechtigt, gemäß den jeweils geltenden Teilnahme- und Kostenbestimmungen,
 - a) an den allgemeinen Veranstaltungen des bdla und seiner Landesgruppe teilzunehmen,
 - b) Einrichtungen und Dienstleistungen des bdla und seiner Landesgruppe in Anspruch zu nehmen,
 - c) die regelmäßigen Mitgliederinformationen und die Veröffentlichungen des bdla zu erhalten und zu verwenden,
 - d) Leistungen anderer Organisationen in Anspruch zu nehmen, soweit die Mitgliedschaft des bdla oder seiner Landesgruppe bei diesen Organisationen den Zugang zu diesen Leistungen eröffnet.
2. Die ordentlichen Mitglieder sind berechtigt, die den landesgesetzlichen Bestimmungen bzw. ihrem Ausbildungsstand entsprechende Berufsbezeichnung mit dem Zusatz »bdla« zu führen. Die außerordentlichen Mitglieder sind berechtigt, neben ihrem Ausbildungsstand den Zusatz »im bdla« zu führen.
3. Jedes ordentliche und außerordentliche Mitglied ist berechtigt, über die Bundesgeschäftsstelle Anträge an die nach Maßgabe dieser Satzung zuständigen Organe des bdla zu stellen.
4. Jedes Mitglied ist verpflichtet,
 - a) die Ziele des bdla zu fördern und dem bdla Auskünfte zu erteilen, soweit diese zur Erreichung der Ziele notwendig sind,
 - b) die Berufsgrundsätze gemäß der Mitgliederordnung des bdla anzuerkennen und einzuhalten,
 - c) Mitgliedsbeiträge gemäß den Bestimmungen der Beitragsordnung des bdla zu zahlen.

§ 7 Organe und Einrichtungen

1. Organe des bdla sind
 - a) der Beirat,
 - b) das Präsidium.
2. Als Einrichtungen können von dem nach dieser Satzung hierfür zuständigen Organ berufen werden
 - a) Fachsprecher:innen zur Erfüllung der ständigen Aufgaben des bdla für einen Zeitraum von drei Jahren,
 - b) Arbeitskreise zur dauerhaften Bearbeitung grundsätzlicher Aufgaben,
 - c) Arbeitsgruppen zur Behandlung aktueller Fragen.
3. Sämtliche Mitglieder der Organe, Arbeitskreise und Arbeitsgruppen sowie die Fachsprecher:innen sind ehrenamtlich tätig. Sie unterliegen hinsichtlich der Übernahme von Aufträgen im Rahmen ihrer Berufsausübung keinerlei Einschränkungen. Reisekosten und bare Auslagen werden nach der Reisekostenordnung des bdla oder gemäß den Beschlüssen des Beirates erstattet. Die Mitglieder des Präsidiums und die Fachsprecher:innen erhalten eine Aufwandsentschädigung, deren Höhe vom Beirat beschlossen wird.

4. Die Amtszeit eines Mitgliedes eines Organes, Arbeitskreises oder Arbeitsgruppe sowie von Fachsprecher:innen beginnt mit dem Ende der Sitzung, auf der die Wahl oder Berufung erfolgt, frühestens jedoch mit deren Annahme. Sie endet mit Beginn der Amtszeit der gewählten nachfolgenden Person oder durch Rücktritt, Abwahl oder Abberufung.

5. Sonstige Einrichtungen des bdla sind

a) Mitgliederversammlung:

Diese findet auf Einladung des Präsidiums, gegebenenfalls nach Beschluss des Beirates oder auf schriftlichen Antrag von mindestens einem Zehntel der ordentlichen Mitglieder des bdla unter Angabe des Einberufungsgrundes statt. Die Einladung soll mindestens einen Monat vor dem Termin der Mitgliederversammlung unter Angabe des Programms oder der Tagungsordnung in den allgemeinen Mitgliederinformationen bekannt gegeben werden.

b) Bundesgeschäftsstelle:

Diese erledigt unter der Leitung der Bundesgeschäftsführung die laufenden Angelegenheiten nach Anweisung des Präsidiums und auf der Grundlage der Beschlüsse des Beirates.

c) Ombudsperson:

Die Ombudsperson ist eine Einrichtung zur niederschwelligen und informellen Vermittlung bei Konflikten sowohl zwischen Mitgliedern des bdla als auch zwischen Mitgliedern und Nicht-Mitgliedern. Anfragen an die Ombudsperson werden vertraulich behandelt und durch die Bundesgeschäftsstelle koordiniert, erste Ansprechperson ist die Bundesgeschäftsführung. Das Präsidium wählt für die jeweilige Anfrage aus dem Präsidium des bdla eine Ombudsperson aus. Das Präsidium stellt dabei sicher, dass die Ombudsperson weder persönlich noch beruflich an der zu lösenden Konfliktsituation beteiligt ist. Die Ombudsperson ist zur Vertraulichkeit und Neutralität verpflichtet und unterbreitet Lösungsvorschläge, die geeignet sein sollen, die Durchführung eines Schlichtungs- oder Gerichtsverfahrens überflüssig zu machen. Das Recht der Mitglieder zur Durchführung des Schlichtungsverfahrens wird dadurch in keiner Weise eingeschränkt.

d) Schlichtungsausschuss:

Dieser besteht aus dem Justiziar/der Justiziarin des bdla und zwei weiteren Mitgliedern als Beisitzende und wird bei Streitigkeiten zwischen den Mitgliedern vor Einschaltung der ordentlichen Gerichte oder der Kammergerichtsbarkeit tätig, falls dieses von den beteiligten Mitgliedern beantragt wird. Näheres regelt die Verfahrensordnung, die vom Präsidium des bdla beschlossen wird.

6. Das Präsidium kann weitere Einrichtungen begründen; soweit die Einrichtung mit laufenden Kosten verbunden ist, bedarf ihre Gründung der Zustimmung des Beirates.

§ 8 Sitzungen und Beschlussfassungen

1. Sitzungen der Organe, Arbeitskreise und Arbeitsgruppen des bdla finden auf Einladung und unter der Leitung ihrer Vorsitzenden statt, soweit in dieser Satzung nichts anderes geregelt ist. Über jede Sitzung ist eine Niederschrift mit den wesentlichen Ergebnissen der Sitzung anzufertigen, die von Mitarbeiter:innen der Bundesgeschäftsstelle als Schriftführende und der Sitzungsleitung zu unterzeichnen sind. Die Sitzungsleitung kann bdla-Mitgliedern oder Dritten die Teilnahme an der Sitzung gestatten. Die Ergebnisse der Mitgliederversammlung und der Beiratssitzung sind den Mitgliedern des bdla bekannt zu geben.

2. Soweit in dieser Satzung nichts anderes geregelt ist, hat jedes stimmberechtigte Mitglied eines Organs oder einer Einrichtung eine Stimme, die nicht übertragbar ist. Jede ordnungsgemäß einberufene Sitzung ist ohne Rücksicht auf die Zahl der anwesenden Mitglieder beschlussfähig. Beschlüsse werden mit der einfachen Mehrheit der abgegebenen Stimmen gefasst, soweit in dieser

Satzung oder durch zwingende gesetzliche Vorschriften nichts Gegenteiliges geregelt ist. Stimmenthaltungen und ungültige Stimmen bleiben bei der Stimmzählung unberücksichtigt. Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme der Sitzungsleitung. Beschlussfassungen erfolgen in offenen Abstimmungen durch Handaufheben, sofern nicht ein Mitglied des Organs geheime Abstimmung beantragt.

3. Personalwahlen finden grundsätzlich in geheimer Abstimmung statt. Gewählt ist, wer die größte Stimmenzahl auf sich vereinigt (relative Mehrheit). Bei Stimmengleichheit zwischen den Kandidierenden mit der höchsten Stimmenzahl findet zwischen diesen eine Stichwahl statt.

4. Mit Zustimmung und Beteiligung aller Mitglieder eines Organs oder einer Einrichtung können Beschlüsse auch im schriftlichen Verfahren außerhalb einer Sitzung gefasst werden. Das Beschlussergebnis ist den Mitgliedern des Organs oder der Einrichtung anschließend schriftlich mitzuteilen.

§ 9 Beirat

1. Der Beirat besteht aus den Vorsitzenden der Landesgruppen, die sich durch ein Mitglied ihrer Landesgruppe vertreten lassen können, den Mitgliedern des Präsidiums sowie den Fachsprecher:innen.

2. Die Vorsitzenden der Landesgruppen oder ihre Vertreter:innen haben im Beirat je eine Stimme sowie zusätzliche Stimmen, deren Zahl sich nach der Summe aller Mitglieder ihrer Landesorganisation (ohne Juniormitglieder) richtet:

- bis zu 15 Mitglieder 1 Stimme
- bis zu 30 Mitglieder 2 Stimmen
- bis zu 60 Mitglieder 3 Stimmen
- bis zu 90 Mitglieder 4 Stimmen
- bis zu 125 Mitglieder 5 Stimmen
- bis zu 160 Mitglieder 6 Stimmen
- bis zu 200 Mitglieder 7 Stimmen

darüber hinaus für je angefangene 40 Mitglieder 1 Stimme

Die Vorsitzenden der Landesorganisationen oder ihre Vertreter:innen üben ihr Stimmrecht einheitlich im Auftrage der von ihnen vertretenen Mitglieder aus.

3. Die ordentliche Beiratssitzung findet einmal jährlich statt. Auf Beschluss des Präsidiums oder auf Antrag von mindestens einem Viertel der im Beirat vertretenen Stimmen kann eine außerordentliche Beiratssitzung einberufen werden.

4. Die Einladung zur Beiratssitzung soll spätestens acht Wochen vor der Sitzung schriftlich den Beiratsmitgliedern unter Angabe der vorläufigen Tagesordnung zugesandt werden; maßgebend ist das Datum der Absendung.

Anträge zur Tagesordnung müssen spätestens sechs Wochen vor der Sitzung bei der Bundesgeschäftsstelle eingegangen sein; diese unterrichtet unverzüglich den Präsidenten/die Präsidentin über die fristgerecht eingegangenen Anträge.

Später eingehende Anträge zur Tagesordnung können nur noch mit der Zustimmung aller anwesenden Mitglieder der Beiratssitzung zugelassen werden.

5. Aufgaben des Beirats sind

a) Beschlussfassung über den Jahreshaushalt,

- b) Beschlussfassung über die Höhe der Mitgliedsbeiträge,
- c) Wahl und Abwahl des Vorstandes sowie Entlastung des Vorstandes und der Bundesgeschäftsführung,
- d) Wahl und Abwahl der Fachsprecher:innen sowie der Rechnungsprüfenden,
- e) Beschlussfassungen und Diskussion aufgrund der Jahresberichte des Präsidenten/der Präsidentin, der Bundesgeschäftsführung, der Vorsitzenden der Landesgruppen, der Fachsprecher:innen, der Vorsitzenden der Arbeitskreise und Arbeitsgruppen sowie der Rechnungsprüfenden,
- f) Entscheidungen in berufsständischen und berufsfachlichen Grundsatzfragen,
- g) Satzungsänderungen mit der 3/4-Mehrheit der Stimmen,
- h) Erlass und Änderung der Mitgliederordnung, der Beitragsordnung und der Reisekostenordnung,
- i) Ernennung von Ehrenmitgliedern des bdla und seiner Organe.
- j) Entscheidung über die Auflösung des bdla gemäß §11.

§ 10 Präsidium

1. Das Präsidium besteht aus dem Präsidenten/der Präsidentin, einem oder zwei Vizepräsident:innen und dem Schatzmeister/der Schatzmeisterin (Vorstand im vereinsrechtlichen Sinne) sowie bis zu drei Präsidialbeisitzer:innen. Die Mitglieder des Präsidiums, ausgenommen die Präsidialbeisitzer:innen, sind alleinvertretungsbefugt.
2. Die Amtsdauer der Mitglieder des Vorstandes beträgt drei Jahre; zweimalige Wiederwahl ist möglich. Die Möglichkeit der Wahl oder Berufung in ein anderes Vorstandsamt bleibt unberührt. Die Mitglieder des Vorstandes werden umschichtig gewählt. Wählbar sind nur ordentliche Mitglieder des bdla.
3. Die Präsidialbeisitzer:innen werden vom Präsidenten/von der Präsidentin maximal für die Dauer seiner/ihrer Amtszeit berufen. Sie stehen dem Präsidenten/der Präsidentin für die Wahrnehmung besonderer Aufgaben zur Verfügung.
4. Der Präsident/die Präsidentin vertritt den bdla gerichtlich und außergerichtlich. Der Präsident/die Präsidentin beruft und leitet die Sitzungen des Präsidiums und der übrigen Organe des bdla, er/sie hat Sitz und Stimme in den Mitgliederversammlungen der Landesgruppen. Der Präsident/die Präsidentin erteilt die Anweisungen an die Bundesgeschäftsstelle in den laufenden Angelegenheiten und wählt die Beisitzer:innen des Schlichtungsausschusses im Falle von Streitigkeiten unter den Mitgliedern des bdla aus. Ist der Präsident/die Präsidentin verhindert, treten an seine/ihre Stelle die Vizepräsident:innen in der Reihenfolge ihrer Amtsdauer, danach der Schatzmeister/die Schatzmeisterin. Für die Verhinderung bedarf es keines Nachweises. Die vorstehenden Regelungen gelten nur im Innenverhältnis und lassen die Alleinvertretungsbefugnis im Rechtsverkehr nach § 10 Ziff. 1 unberührt.
5. Aufgaben des Präsidiums sind
 - a) die Erfüllung der Aufgaben des bdla auf der Grundlage der Satzung, des genehmigten Haushaltsplanes und der Beschlüsse der übrigen Organe des bdla, soweit diese nicht zuständig sind,
 - b) die Vorbereitung der Sitzungen der übrigen Organe des bdla einschließlich der Entgegennahme von Anträgen,
 - c) die Unterstützung und Überwachung der Arbeit der Bundesgeschäftsstelle bei Erledigung der laufenden Angelegenheiten sowie der Erlass einer Geschäftsordnung für die Bundesgeschäftsführung, soweit erforderlich,

- d) die Einstellung und Entlassung der Bundesgeschäftsführung sowie des Personals der Bundesgeschäftsstelle,
 - e) Wahl und Abwahl der Mitglieder der Arbeitskreise und ihrer Vorsitzenden sowie die Bildung der Arbeitsgruppen und die Wahl und Abwahl der Mitglieder der Arbeitsgruppen und ihrer Vorsitzenden,
 - f) die Prüfung und Durchsetzung der Ergebnisse der Tätigkeit der Arbeitskreise, Arbeitsgruppen und Fachsprecher:innen, soweit nicht andere Organe des bdl a hierfür zuständig sind,
 - g) die Bestellung des Justiziers/der Justiziarin,
 - h) die Vorbereitung des Haushaltsplanes,
 - i) die Entscheidung in dringenden Angelegenheiten und der Einsatz außerplanmäßiger finanzieller Mittel, soweit erforderlich, bis zur Gesamthöhe von 75.000,00 Euro pro Haushaltsjahr,
 - j) die Ausübung des Rügerechtes gegenüber den Mitgliedern und Landesgruppen des bdl a bei Verstoß gegen die Satzung oder die Mitgliederordnung,
 - k) die Entscheidungen über Einsprüche gemäß der Mitgliederordnung,
 - l) die Berufung der korrespondierenden Mitglieder des bdl a,
 - m) Verleihung des Deutschen Landschaftsarchitektur-Preises und Berufung des für die Entscheidung über die Preisverleihung zuständigen Preisgerichtes,
 - n) die Vornahme formaler Satzungsänderungen, die - ohne inhaltliche Änderung - zur Anerkennung und Eintragung der von den zuständigen Organen beschlossenen Satzung oder ihrer Änderungen erforderlich sind.
6. Entscheidungen der Organe des bdl a, die mit dem geltenden Haushalt nicht in Übereinstimmung stehen, dürfen gegen den Widerspruch des Schatzmeisters/der Schatzmeisterin (Vetorecht) nicht ausgeführt werden.

§ 11 Auflösung des bdl a, Änderungen des Vereinszwecks

1. Über die Auflösung des bdl a entscheidet der Beirat auf schriftlichen Antrag von mindestens einem Drittel der ordentlichen Mitglieder an das Präsidium, das den Antrag unverzüglich an die Mitglieder des Beirates weiterleitet. Der Beschluss über die Auflösung bedarf der $\frac{3}{4}$ -Mehrheit der Stimmen aller Beiratsmitglieder.
2. Bei Auflösung des bdl a werden die noch unerledigten Angelegenheiten durch das Präsidium abgewickelt. Es kann ein Liquidator/eine Liquidatorin bestellt werden. Über die Verwendung des Vermögens wird von der Mitgliederversammlung mit einfacher Mehrheit beschlossen.
3. Für die Beschlussfassung über die Änderung des Vereinszwecks gilt die Regelung in Abs. 1 entsprechend.

§ 12 Inkrafttreten

Die vorstehende Satzung wurde vom Beirat des bdl a in seiner Sitzung am 31. März 1996 beschlossen und zuletzt geändert durch den Beschluss des Beirates vom 31. März 2023. Sie tritt, ggf. mit den zur Eintragung noch erforderlich werdenden Änderungen, mit dem Tage ihrer Eintragung in das Vereinsregister in Kraft und ersetzt von diesem Tage an die bisher geltende Satzung.

Beitragsordnung des bdla

1. Festsetzung und Erhebung der Mitgliedsbeiträge

1.1 Die Mitglieder des Bund Deutscher Landschaftsarchitekt:innen bdla (nachfolgend »bdla« genannt) sind verpflichtet, an den bdla Mitgliedsbeiträge gemäß den nachstehenden Vorschriften zu entrichten. Diese gelten in gleicher Weise für ordentliche wie auch für außerordentliche Mitglieder. Das Recht der Landesgruppen des bdla, zusätzliche Beiträge für ihre Landesgruppe zu erheben, bleibt hiervon unberührt.

1.2 Die jährlich von den Mitgliedern des bdla zu zahlenden Beiträge werden vom Beirat mit der relativen Mehrheit der abgegebenen Stimmen festgesetzt. Soweit der Beirat nichts anderes beschlossen hat, gelten sie ab dem auf die Festsetzung folgenden Kalenderjahr und bleiben bis zu einer Neufestsetzung verbindlich.

1.3 Die Erhebung der Beiträge erfolgt durch die Bundesgeschäftsstelle auf der Grundlage der Beschlüsse des Beirates gemäß den nachfolgenden Bestimmungen.

2. Selbstständige Mitglieder

Der Beitrag für selbstständige Mitglieder errechnet sich aus dem Grundbeitrag und den Zuschlägen für technische Mitarbeiter:innen, die in den Bereichen der Landschaftsarchitektur tätig sind, unabhängig davon, ob sie im Bereich der Planung, Bauleitung, Projektsteuerung, Organisation, Beratung, als Sachverständige:r, Gutachter:in, Schriftsteller:in, Journalist:in oder in sonstiger Weise tätig sind.

2.1 Grundbeitrag

Der Grundbeitrag für alle selbstständigen Mitglieder beträgt 600 €.

2.2 Personengesellschaften

Üben mehrere bdla-Mitglieder ihre Tätigkeit in Form einer Personengesellschaft aus, zahlt nur eine Gesellschafterin/ein Gesellschafter 600 €, die weiteren Gesellschafter:innen je 300 €. Für Gesellschafter:innen, die nicht Mitglied des bdla sind, sind Zuschläge wie für technische Mitarbeiter:innen zu entrichten.

2.3 Juristische Personen

Geschäftsführende Personen oder Gesellschafter:innen einer GmbH oder sonstiger juristischer Personen zahlen Beiträge wie selbstständige Mitglieder. Die Vorschriften für Personengesellschaften gelten entsprechend.

2.4 Beitragsermäßigung

Selbstständige Mitglieder mit einem nachgewiesenen Jahresumsatz aus selbstständiger Tätigkeit im Bereich der Landschaftsarchitektur unter 60.000 € zahlen 300 €. Zu Grunde zu legen ist dabei der Umsatz des Vorjahres. Bei Mitgliedern einer Personengesellschaft oder Gesellschafter:innen einer juristischen Person ist der anteilige Umsatz maßgebend. Bei Inanspruchnahme einer Beitragsreduzierung ist ein geeigneter Nachweis über den Jahresumsatz des Vorjahres bis zum 31. März der Bundesgeschäftsstelle zu übermitteln.

2.5 Zuschläge für technische Mitarbeiter:innen

Selbstständige Mitglieder zahlen zuzüglich zum Grundbeitrag einen Zuschlag für technische Mitarbeiter:innen.

Als technische Mitarbeiter:innen gelten die regelmäßig im Büro des Mitglieds tätigen Personen, einschließlich freier Mitarbeiter:innen. Keine technischen Mitarbeiter:innen im Sinne dieser Regelung sind kaufmännische Angestellte, Sekretariatsangestellte, Student:innen, Auszubildende und Praktikant:innen. Soweit eine technische Mitarbeiterin/ein technischer Mitarbeiter Mitglied im bdla ist, steht es dem selbstständigen Mitglied frei, diese Mitarbeiterin/diesen Mitarbeiter in die Berechnung des Zuschlags einzubeziehen. Wählt das selbstständige Mitglied diesen Weg, so entfällt der persönliche Mitgliedsbeitrag des angestellten Mitglieds gemäß Abschnitt 3.

Der Zuschlag bemisst sich pro Arbeitsmonat der technischen Mitarbeiterin/des technischen Mitarbeiters entsprechend 172 Arbeitsstunden einschließlich Urlaub, Erkrankung und Fortbildung.

Der Zuschlag beträgt

bis zu 2 Mitarbeiter:innen bzw. Partner:innen pro Arbeitsmonat 21,00 €,

bis zu 4 Mitarbeiter:innen bzw. Partner:innen pro Arbeitsmonat 19,50 €,

bis zu 6 Mitarbeiter:innen bzw. Partner:innen pro Arbeitsmonat 19,00 €,

bis zu 8 Mitarbeiter:innen bzw. Partner:innen pro Arbeitsmonat 15,00 €,

bis zu 15 Mitarbeiter:innen bzw. Partner:innen pro Arbeitsmonat 12,00 €,

bis zu 25 Mitarbeiter:innen bzw. Partner:innen pro Arbeitsmonat 10,00 €,

bis maximal 30 Mitarbeiter:innen bzw. Partner:innen pro Arbeitsmonat 9 €.

Die technischen Mitarbeiter:innen von Personengesellschaften oder juristischen Personen werden den Gesellschafter:innen oder geschäftsführenden Personen, soweit diese bdla-Mitglieder sind, zugerechnet.

Die Zuschläge werden entsprechend der Größenordnung des Büros für alle technischen Mitarbeiter:innen einheitlich erhoben.

3. Angestellte und beamtete Mitglieder

3.1 Der Beitrag für angestellte und beamtete Mitglieder beträgt 170 €.

3.2 Angestellte oder beamtete Mitglieder, die neben ihrer Angestellten- oder Beamtentätigkeit eine selbstständige Tätigkeit im Bereich der Landschaftsarchitektur ausüben und hieraus einen Umsatz von mindestens 30.000 € im Kalenderjahr erzielen, sind verpflichtet, Beiträge wie selbstständige Mitglieder gemäß der Ziffer 2 dieser Beitragsordnung zu zahlen. Die Mitglieder sind verpflichtet, die Aufnahme der selbstständigen Tätigkeit der Bundesgeschäftsstelle des bdla unverzüglich anzuzeigen.

3.3 Teilzeit-Mitarbeiter:innen

Der Beitrag für angestellte und beamtete Mitglieder, die Teilzeit arbeiten (maximal 20 Wochenarbeitsstunden) oder Elternzeit in Anspruch nehmen, oder Arbeitssuchende beträgt 85 €. Dies gilt auch für Neumitglieder.

3.4 Hat sich die Arbeitgeberin/der Arbeitgeber des angestellten Mitglieds gemäß § 2.5 entschieden, die Mitarbeiterin/den Mitarbeiter in die Zuschlagsberechnung für technische Mitarbeiter:innen aufzunehmen, so entfällt der Beitrag des angestellten Mitglieds für den gleichen Zeitraum.

4. Neuaufnahmen

4.1 Der Mitgliedsbeitrag für freischaffende Neumitglieder beträgt 50 % im Eintrittsjahr und in den folgenden drei Kalenderjahren. Dies gilt auch für Mitglieder, die vom Status des beamteten oder angestellten Mitglieds in den Status des selbstständigen Mitglieds wechseln, jedoch nicht für Neumitglieder, die Partner:in/Gesellschafter:in eines bestehenden Mitgliedsbüros werden.

4.2 Der Beitrag für angestellte und beamtete Mitglieder beträgt 85 € im Eintrittsjahr und in den folgenden drei Kalenderjahren.

4.3. Die Mitglieder zahlen für das Kalenderjahr, in dem sie in den bdla eintreten, den Jahresbeitrag gemäß den vorstehend genannten Vorschriften lediglich anteilig für die vollen Kalendermonate ihrer Mitgliedschaft.

5. Senior:innen

5.1 Der Beitrag für Mitglieder, die ihre berufliche Tätigkeit aufgegeben haben, beträgt 85 €. Diese Regelung gilt ab dem ersten des auf die Beendigung der beruflichen Tätigkeit folgenden Kalendermonats.

5.2 Bestandsschutz

Mitglieder, die am 1.1.2006 das 70. Lebensjahr bereits vollendet haben, bleiben beitragsfrei.

6. Ehrenmitglieder und korrespondierende Mitglieder

Ehrenmitglieder und korrespondierende Mitglieder sind beitragsfrei.

7. Beitragsermittlung

Die selbstständigen Mitglieder sind verpflichtet, gegenüber der Bundesgeschäftsstelle wahrheitsgemäß und vollständig gemäß dem ihnen übersandten Beitragsermittlungsformular über die Berechnungsgrundlagen ihres Beitrags Auskunft zu erteilen, wobei der Beschäftigungsstand des Vorjahres zu Grunde zu legen ist. Dieser ist auf Aufforderung der Bundesgeschäftsstelle nachzuweisen oder glaubhaft zu machen. Die Auskunftserteilung muss spätestens bis zum 15. Januar eines Kalenderjahres erfolgen.

Sofern die Auskunft nicht fristgerecht erteilt wurde oder Zweifel an der Richtigkeit der erteilten Auskunft bestehen, ist der bdla berechtigt, für das Mitglied einen Jahresbeitrag festzusetzen, der die Beitragshöhe des Vorjahres um 10 % übersteigt, ohne Berücksichtigung von Beitragsermäßigungen. Das Recht des bdla zur Festsetzung eines Beitrages, der dem tatsächlichen Beschäftigungsstand oder Mitgliedsstatus entspricht, bleibt hiervon unberührt.

8. Fälligkeit des Beitrages

Die Mitgliedsbeiträge sind bis zum 31. Januar des laufenden Kalenderjahres zur Zahlung fällig. Beitragsrückstände sind vom Fälligkeitszeitpunkt an mit 1 % pro Kalendermonat zu verzinsen.

9. Sonderregelungen

Das Präsidium des bdla ist berechtigt, in Härtefällen auf die Beitragserhebung ganz oder teilweise zu verzichten. Ein Rechtsanspruch hierauf besteht nicht. Dazu können die Landesgruppen gehört werden.

Beschlossen vom Beirat des bdla am 15. April 2016 in Eutin, geändert durch den Beirat des bdla am 12. April 2024. Gültig mit Wirkung vom 1. Januar 2025.

Übersicht bdla-Jahresbeiträge

gültig ab 1. Januar 2025

Zusätzlich zu den u.g. Beiträgen sind Landesgruppenbeiträge zu entrichten, deren Höhe bei der jeweiligen Landesgruppengeschäftsstelle erfragt werden kann.

Mitgliedsbeiträge sind bis zum 31. Januar des Beitragsjahres zur Zahlung fällig.

Nachweise für Beitragsermäßigungen sind bis zum 31. März des Beitragsjahres einzureichen.

Mitgliedsbeitrag für selbstständige Mitglieder

Grundbeitrag

Büroinhaber:innen, Gesellschafter:innen, Geschäftsführende juristischer Personen	600,00	€
bei nachgewiesenem Jahresumsatz (Vorjahr) unter 60.000 Euro 50 % des Grundbeitrages	300,00	€

Zuschlag* für technische Mitarbeiter:innen bzw. Partner:innen beträgt:

bis zu	2 Mitarbeiter:innen bzw. Partner:innen pro Arbeitsmonat	x 21,00	€
bis zu	4 Mitarbeiter:innen bzw. Partner:innen pro Arbeitsmonat	x 19,50	€
bis zu	6 Mitarbeiter:innen bzw. Partner:innen pro Arbeitsmonat	x 19,00	€
bis zu	8 Mitarbeiter:innen bzw. Partner:innen pro Arbeitsmonat	x 15,00	€
bis zu	15 Mitarbeiter:innen bzw. Partner:innen pro Arbeitsmonat	x 12,00	€
bis zu	25 Mitarbeiter:innen bzw. Partner:innen pro Arbeitsmonat	x 10,00	€
bis max.	30 Mitarbeiter:innen bzw. Partner:innen pro Arbeitsmonat	x 9,00	€

*Dem selbstständigen Mitglied steht es bei der Berechnung des Zuschlags frei, technische Mitarbeiter:innen, die Mitglied im bdla sind, in die Berechnung des Zuschlags einzubeziehen.

Neuaufnahmen

im Eintrittsjahr und in den folgenden drei Kalenderjahren 50% des berechneten Mitgliedsbeitrags
(im Aufnahmejahr anteilig für die vollen Kalendermonate der Mitgliedschaft)

Mitgliedsbeitrag für angestellte und beamtete Mitglieder

Jahresbeitrag	170,00	€
im Eintrittsjahr und in den folgenden drei Kalenderjahren (im Aufnahmejahr anteilig für die vollen Kalendermonate der Mitgliedschaft)	85,00	€
Teilzeitbeschäftigte (20 h), Arbeitssuchende, Elternzeit in Anspruch Nehmende	85,00	€

Nimmt die Arbeitgeberin/der Arbeitgeber ein angestelltes Mitglied in die Zuschlagsberechnung für technische Mitarbeiter:innen auf, so entfällt der Beitrag des angestellten Mitglieds.	0,00	€
--	------	---

Senior:innen

Mitglieder, die ihre berufliche Tätigkeit aufgegeben haben	85,00	€
--	-------	---

Mitgliederordnung

I. Allgemeines

§ 1 Wahlbund

1. Der »Bund Deutscher Landschaftsarchitekt:innen bdl

§ 2 Mitgliedschaft

1. Personen, die berechtigt sind, die Berufsbezeichnung »Garten- und Landschaftsarchitektin« bzw. »Garten- und Landschaftsarchitekt« oder »Landschaftsarchitektin« bzw. »Landschaftsarchitekt« zu führen, können nur als ordentliche Mitglieder nach dem in dieser Mitgliederordnung geregelten Aufnahmeverfahren aufgenommen werden.
2. Über die Möglichkeit der Aufnahme außerordentlicher Mitglieder im Sinne des § 4 Abs. 4 der Satzung entscheidet die Landesgruppe nach eigenem freien Ermessen. Bejahendenfalls regelt sich ihre Aufnahme nach dem in dieser Mitgliederordnung geregelten Aufnahmeverfahren.
3. Als korrespondierende Mitglieder können vom Präsidium des bdl

II. Aufnahmeverfahren

§ 3 Zuständigkeit

1. Anträge auf Aufnahme als ordentliches oder außerordentliches Mitglied in den bdl

§ 4 Anträge und Bewerbungsunterlagen

1. Die Aufnahme als ordentliches oder außerordentliches Mitglied in den bdl a bzw. als Juniormitglied in eine bdl a-Landesgruppe erfolgt nur auf Antrag. Für die Antragstellung sind die bei der Bundesgeschäftsstelle des bdl a erhältlichen Antragsformulare zu verwenden.
2. Dem Antrag auf Aufnahme als ordentliches Mitglied ist der Nachweis der Eintragung in die Architektenliste beizufügen. Dem Antrag auf Aufnahme als außerordentliches Mitglied sind in der Regel folgende Bewerbungsunterlagen beizufügen:
 - Nachweis des abgeschlossenen Studiums,
 - Darstellung und Nachweis der bisher ausgeübten beruflichen Tätigkeiten.
3. Der antragstellenden Person steht es frei, weitere Unterlagen (Pläne, Wettbewerbsarbeiten, Veröffentlichungen, Fachvorträge usw.) einzureichen.
4. Die Landesgruppe ist verpflichtet, einen bei ihr eingegangenen Aufnahmeantrag einer antragstellenden Person unverzüglich durch Übersendung einer Fotokopie des ausgefüllten Antragsformulars der Bundesgeschäftsstelle des bdl a bekannt zu geben.
5. Die für die Aufnahme zuständige Landesgruppe und das Präsidium des bdl a sind berechtigt, weitere Unterlagen der antragstellenden Person anzufordern und ergänzende Auskünfte über die antragstellende Person bei Dritten einzuholen.
6. Die Angaben und Unterlagen der antragstellenden Person und die erteilten Auskünfte sind gemäß den datenschutzrechtlichen Bestimmungen zu behandeln.

§ 5 Aufnahmeyausschuss

1. Für die Prüfung des Aufnahmeantrages ist der Aufnahmeyausschuss der zuständigen Landesgruppe zuständig.
2. Der Aufnahmeyausschuss einer Landesgruppe besteht aus einer ungeraden Zahl von Mitgliedern, mindestens jedoch aus drei ordentlichen Mitgliedern.
3. Der Aufnahmeyausschuss prüft den Aufnahmeantrag binnen drei Monaten seit Eingang bei der zuständigen Landesgruppe unter Berücksichtigung der zwischenzeitlich zu dem Aufnahmeantrag eingegangenen Stellungnahmen.
4. Aufgrund der Prüfung des Aufnahmeantrages spricht der Aufnahmeyausschuss eine der nachfolgenden Empfehlungen aus:
 - a) Aufnahme der antragstellenden Person als ordentliches oder außerordentliches Mitglied,
 - b) befristete Zurückstellung der Entscheidung über den Aufnahmeantrag bis zu 12 Monaten,
 - c) Ablehnung des Aufnahmeantrages.
5. Der Aufnahmeyausschuss fasst seine Empfehlung mit der einfachen Stimmenmehrheit der Ausschussmitglieder. Die Empfehlung ist schriftlich niederzulegen und unverzüglich der Landesgruppe und der Bundesgeschäftsstelle mitzuteilen.

§ 6 Entscheidung über den Aufnahmeantrag

1. Über den Aufnahmeantrag entscheidet das Präsidium des bdl a unter Berücksichtigung der Empfehlungen des Aufnahmeyausschusses.
2. Die Entscheidung über den Aufnahmeantrag ist der antragstellenden Person durch die Bundesgeschäftsstelle des bdl a unverzüglich schriftlich mitzuteilen.

§ 7 Rechtsmittel

1. Gegen die Ablehnung eines Aufnahmeantrages kann die antragstellende Person Einspruch einlegen.
2. Der Einspruch ist binnen vier Wochen seit Zugang der Mitteilung an die antragstellende Person bei der Bundesgeschäftsstelle des bdla einzureichen und innerhalb der gleichen Frist zu begründen.
3. Über den Einspruch der antragstellenden Person entscheidet das Präsidium nach Anhörung des Vorsitzenden/der Vorsitzenden der zuständigen Landesorganisation und des Vorsitzenden/der Vorsitzenden des Aufnahmeausschusses. Die Entscheidung des Präsidiums ist der antragstellenden Person schriftlich mitzuteilen.
4. Ein weiteres Rechtsmittel gegen die Entscheidung des Präsidiums besteht nicht. Die Möglichkeit zur Anrufung der ordentlichen Gerichte durch die antragstellende Person bleibt unberührt.
5. Eine antragstellende Person, deren Aufnahmeantrag abgelehnt wurde, kann vor Ablauf von zwei Jahren seit Mitteilung der ablehnenden Entscheidung keinen neuen Aufnahmeantrag stellen, insbesondere auch nicht bei einer anderen Landesgruppe.

III. Landesgruppenzugehörigkeit

§ 8 Mitgliedschaft in der Landesgruppe

1. Mit dem Erwerb der Mitgliedschaft im bdla erwirbt die antragstellende Person gleichzeitig die Mitgliedschaft in der Landesgruppe, deren Aufnahmeausschuss den Aufnahmeantrag geprüft hat.
2. Verlegt ein Mitglied seinen Wohn-, Geschäfts- oder Dienstsitz in den Bereich einer anderen Landesgruppe, so kann es durch schriftlichen Antrag an den Landesgruppenvorsitzenden/die Landesgruppenvorsitzende dieser Landesgruppe die Aufnahme in diese Landesgruppe beantragen, und zwar zusätzlich oder anstelle der bisherigen Landesgruppenzugehörigkeit. Über den Antrag entscheidet der Vorstand der Landesgruppe. Dem Antrag ist stattzugeben, wenn nicht schwerwiegende Gründe der Aufnahme entgegenstehen. Die Mitgliedschaft beginnt mit dem Tag der Bekanntgabe der dem Antrag stattgebenden Entscheidung an die antragstellende Person. Der/die Vorsitzende der Landesgruppe ist verpflichtet, die Bundesgeschäftsstelle umgehend über die Entscheidung zu informieren.
3. Die Mitgliedschaft eines Mitgliedes in einer Landesgruppe erlischt mit der Beendigung der Mitgliedschaft im bdla oder wenn das Mitglied den Austritt aus der Landesgruppe erklärt und gleichzeitig nachweist, dass es Mitglied in einer anderen Landesgruppe des bdla geworden ist oder seinen Wohn- und Geschäftssitz ins Ausland verlegt hat.

§ 9 Juniormitglieder

1. Die Landesgruppen sind berechtigt, nach eigenem Ermessen Studierende und Absolvent:innen einer der Fachrichtungen der Landschaftsarchitektur, die Mitglied im bdla werden wollen, als Juniormitglieder aufzunehmen.
2. Juniormitglieder haben das Recht zur Teilnahme an den Mitgliederversammlungen und Zusammenkünften der Landesgruppe und zum Bezug der allgemeinen Mitgliederinformationen des bdla. Die Landesgruppen können den Juniormitgliedern Stimmrecht und aktives Wahlrecht einräumen. Weitergehende Mitgliedsrechte, insbesondere das passive Wahlrecht, stehen den Juniormitgliedern nicht zu.
3. Der Status als Juniormitglied erlischt:
 - a) gemäß entsprechendem Beschluss der Landesgruppe,

- b) mit der Entscheidung über den Aufnahmeantrag des Juniormitglieds als ordentliches oder außerordentliches Mitglied,
 - c) spätestens nach Ablauf von drei Jahren seit erfolgreichem Abschluss eines Studiums der Fachrichtungen der Landschaftsarchitektur, sofern das Juniormitglied bis dahin keinen Aufnahmeantrag auf Mitgliedschaft im bdla gestellt hat, es sei denn, es hat glaubhaft nachgewiesen, dass die Voraussetzungen für eine Eintragung in die Architektenliste ohne eigenes Verschulden noch nicht vorliegen,
 - d) mit der Eintragung in die Architektenliste als Landschaftsarchitekt:in, ohne dass ein Aufnahmeantrag auf Mitgliedschaft im bdla gestellt wurde.
4. Die Landesgruppe ist verpflichtet, die Bundesgeschäftsstelle unverzüglich über die Aufnahme bzw. das Ausscheiden eines Juniormitglieds zu informieren.
5. Beiträge, die von dem Juniormitglied trotz seines Ausscheidens weiterhin an die Landesgruppe gezahlt wurden, können von diesem nur zurückgefordert werden, wenn es nachweist, dass es die Landesgruppe über sein Ausscheiden unverzüglich informiert hat.

IV. Berufsgrundsätze, Informationspflicht und Haftung der Mitglieder

§ 10 Berufsgrundsätze des bdla

Die Mitglieder des bdla anerkennen mit ihrer Aufnahme in den bdla die nachfolgenden Berufsgrundsätze, zu deren Beachtung sie verpflichtet sind:

1. Die Mitglieder des bdla sind verpflichtet, bei der Erfüllung ihrer beruflichen Aufgaben und durch ihr Verhalten gegenüber der Allgemeinheit, ihren Auftraggeber:innen, den Kolleg:innen, den eigenen Auftragnehmer:innen und Mitarbeiter:innen das Ansehen des Berufs des Landschaftsarchitekten/der Landschaftsarchitektin zu wahren und zu mehren.
2. Die Mitglieder des bdla sind verpflichtet, sich laufend weiterzubilden, die fachlichen Kenntnisse, planerischen Fähigkeiten und ihre wirtschaftliche Erfahrung zu erweitern und sich rechtzeitig über die neuesten Regeln der Technik und die einschlägigen gesetzlichen und behördlichen Bestimmungen zu informieren.
3. Die Mitglieder des bdla, soweit sie freiberuflich tätig sind, sind verpflichtet, die Interessen ihrer Auftraggeber:innen treuhänderisch wahrzunehmen und zu vertreten. Ihnen ist untersagt, von Unternehmen oder Lieferant:innen Provisionen oder sonstige Zuwendungen oder Vergünstigungen anzunehmen, durch die sie in ihrer Unabhängigkeit und bei der treuhänderischen Wahrnehmung der Interessen ihrer Auftraggeber:innen beeinträchtigt werden könnten. Die gleiche Verpflichtung obliegt den Mitgliedern, die als Mitarbeiter:innen freiberuflich tätiger Kolleg:innen tätig sind.
4. Den Mitgliedern des bdla ist es gestattet, durch Veröffentlichungen in Presse, Funk und Fernsehen sowie insbesondere in Fachzeitschriften und Ausstellungskatalogen über den Inhalt und die Ergebnisse ihrer beruflichen Tätigkeit in sachlicher Weise zu berichten und potentiellen Auftraggeber:innen auf Anforderung Referenzarbeiten vorzulegen. Eine marktschreierische Werbung oder herabsetzende Äußerungen über andere Mitglieder des bdla sind den Mitgliedern untersagt; die Verpflichtung zur kritischen Auseinandersetzung mit planerischen Leistungen Dritter bei der Wahrnehmung beruflicher Aufgaben bleibt selbstverständlich unberührt.
5. Den Mitgliedern des bdla ist es untersagt, sich in laufende Vertragsverhandlungen oder bereits bestehende Vertragsverhältnisse mit Dritten hineinzudrängen, ohne ihrerseits vom Auftraggeber/von der Auftraggeberin zur Aufnahme von Vertragsverhandlungen aufgefordert zu sein.

6. Ein Mitglied des bdla darf nur an solchen Wettbewerben als Bewerber:in oder Preisrichter:in teilnehmen, bei denen ein lauterer Leistungsvergleich sichergestellt ist und bei denen in ausgewogener Weise den Belangen von Auslobenden sowie Teilnehmenden Rechnung getragen wird.

7. Die Mitglieder des bdla sollen, sofern sie freiberuflich tätig sind, ihre Leistungen auf Grundlage der jeweils zutreffenden Honorarordnung in ihrer jeweils gültigen Fassung abrechnen.

8. Den Mitgliedern des bdla ist eine eigene gewerbliche Tätigkeit im Bereich des Garten- und Landschaftsbaus untersagt. Gleiches gilt für eine Beteiligung als Gesellschafter:in, Geschäftsführer:in, Angestellte:r oder freier Mitarbeiter/ freie Mitarbeiterin an einem im Garten- und Landschaftsbau tätigen Unternehmen, das nicht ausschließlich eine Forschungs-, Lehr- oder Planungstätigkeit ausübt.

§ 11 Informationspflicht der Mitglieder

Die Mitglieder sind verpflichtet, Veränderungen, die Einfluss auf ihren Mitgliedsstatus haben, unaufgefordert und unverzüglich der Bundesgeschäftsstelle des bdla und ihrer Landesgruppe mitzuteilen.

§ 12 Haftung der Mitglieder

1. Die Mitglieder haften bei ihrer Tätigkeit für Organe, Einrichtungen und die Landesgruppen des bdla gegenüber diesem nur für Vorsatz und grobe Fahrlässigkeit.

2. Mindestens grob fahrlässig handelt ein Mitglied insbesondere dann, wenn es trotz Abmahnung durch die Organe des bdla ein Verhalten fortsetzt, das gegen die Satzung oder die Mitgliederordnung des bdla verstößt.

V. Ausschlussverfahren

§ 13 Ausschließungsgründe

Ein Mitglied kann aus dem bdla insbesondere ausgeschlossen werden, wenn es

1. mit der Zahlung eines Betrages in Höhe eines Jahresbeitrages an den bdla oder seine Landesgruppe in Verzug gerät und die Zahlungsrückstände trotz zweimaliger Mahnung und Ankündigung des Ausschlusses nicht vollständig erbracht worden sind,
2. die Berufsgrundsätze des bdla oder seine Pflichten aus der Satzung oder der Mitgliederordnung des bdla erheblich oder wiederholt verletzt,
3. sich grob rücksichtslos über die Rechte und Interessen anderer bdla-Mitglieder hinwegsetzt,
4. dem Ansehen des bdla oder des Berufsstandes in der Öffentlichkeit Schaden zufügt,
5. Umstände bei seiner Aufnahme in den bdla verschwiegen hat, die seiner Aufnahme entgegengestanden hätten,
6. aus der Architektenkammer ausgeschlossen wird.

§ 14 Antrag auf Ausschluss

1. Der Ausschluss eines Mitgliedes erfolgt lediglich auf Antrag.
2. Antragsberechtigt sind die Organe und Landesgruppen des bdla sowie jedes bdla-Mitglied.
3. Der Antrag auf Ausschluss eines Mitgliedes ist unter Angabe und Glaubhaftmachung der Gründe an die Bundesgeschäftsstelle des bdla zu richten.
4. Die Bundesgeschäftsstelle übersendet Abschriften des Antrages unverzüglich dem betroffenen Mitglied, dem Präsidium des bdla und der Landesgruppe, der das betroffene Mitglied angehört,

verbunden mit der Aufforderung, innerhalb von vier Wochen zu dem Antrag gegenüber der Bundesgeschäftsstelle schriftlich Stellung zu nehmen.

§ 15 Entscheidung über den Ausschließungsantrag

1. Für die Prüfung des Ausschließungsantrages ist der Aufnahmeyausschuss der Landesgruppe zuständig, der das betroffene Mitglied angehört. Kommen danach mehrere Landesgruppen in Betracht, ist die Landesgruppe zuständig, in deren Bereich die antragstellende Person ihren Wohn-, Geschäfts- oder Dienstsitz hat. Sofern nach den vorhergehenden Vorschriften Zweifel an der Zuständigkeit einer Landesgruppe bestehen, wird die zuständige Landesgruppe unter Beachtung der vorstehenden Regelungen durch das Präsidium bestimmt.
2. Über den Ausschließungsantrag des Mitgliedes entscheidet das Präsidium des bdla unter Berücksichtigung der Empfehlungen des Aufnahmeyausschusses. Sollte innerhalb von drei Monaten seit Mitteilung des Ausschließungsantrages keine Empfehlung des Aufnahmeyausschusses vorliegen, kann das Präsidium über den Ausschließungsantrag nach eigenem Ermessen entscheiden. Dem betroffenen Mitglied soll vor der Entscheidung Gelegenheit zur persönlichen Anhörung gegeben werden. Die Entscheidung auf Ausschluss bedarf der 2/3-Mehrheit der anwesenden Stimmen des Präsidiums.
3. Die Entscheidung über den Ausschließungsantrag kann lauten auf
 - a) Ausschluss des Mitgliedes,
 - b) befristete Zurückstellung des Ausschließungsantrages bis zur Dauer von 12 Monaten,
 - c) Ablehnung des Ausschließungsantrages.
4. Die Entscheidung und ihre Begründung sind dem betroffenen Mitglied, der antragstellenden Person, der Landesgruppe und der Bundesgeschäftsstelle des bdla unverzüglich bekannt zu geben. Der Ausschluss des Mitgliedes, soweit hierüber bestandskräftig entschieden ist, ist unverzüglich in den nächsten Mitgliederinformationen bekannt zu machen.

§ 16 Rechtsmittel

1. Das betroffene Mitglied kann gegen die Entscheidung, durch die es aus dem bdla ausgeschlossen wird, Einspruch einlegen.
2. Für das Einspruchsverfahren gelten die Vorschriften des § 7 Abs. 2 bis 4 entsprechend.

§ 17 Ausschluss eines Organmitgliedes

1. Richtet sich der Ausschließungsantrag gegen ein amtierendes Mitglied des Präsidiums des bdla oder des Vorstandes einer Landesgruppe, so gelten für die Entscheidung über den Antrag ausschließlich die nachfolgenden Bestimmungen.
2. Der Antrag ist zunächst dem Präsidium und dem Justiziar/der Justiziarin des bdla zur Prüfung der formalen Voraussetzungen vorzulegen. Hält das Präsidium nach Anhörung des Justiziar/der Justiziarin die formalen Voraussetzungen mit der Mehrheit der anwesenden Stimmen für nicht gegeben, so lehnt es den Antrag ab. Die mit Gründen versehene Entscheidung ist der antragstellenden Person unverzüglich mitzuteilen.
3. Kommt das Präsidium mit einer 2/3-Mehrheit der anwesenden Stimmen zur Auffassung, dass die formalen Voraussetzungen für einen Ausschließungsantrag gegeben sind, so ist für die Entscheidung über den Ausschließungsantrag ausschließlich der Beirat des bdla zuständig, dessen Mitglieder in diesem Falle unverzüglich über den Antrag zu informieren sind.

4. Der Beirat entscheidet über den Ausschließungsantrag in gemeinsamer Sitzung, bei der der antragstellenden Person und dem betroffenen Mitglied Gelegenheit zur persönlichen Anhörung zu geben sind, innerhalb von drei Monaten seit Eingang des Antrages bei der Bundesgeschäftsstelle. Für die Entscheidung gilt § 15 Abs. 3 entsprechend. Die Entscheidung auf Ausschluss des Mitgliedes bedarf der 2/3-Mehrheit der anwesenden Stimmen.
5. Die Entscheidung und ihre Begründung sind dem betroffenen Mitglied und der antragstellenden Person unverzüglich bekannt zu geben. § 15 Abs. 4 Satz 2 gilt entsprechend.
6. Die betroffenen Mitglieder, gegen die sich der Ausschlussantrag richtet, sind bei der Abstimmung ausgeschlossen. Richtet sich ein Ausschließungsantrag mit einheitlicher Begründung gegen mehrere Mitglieder, so sind diese Mitglieder von der Abstimmung ausgeschlossen.
7. Ein Rechtsmittel gegen die Entscheidung des Beirates ist nicht gegeben. § 7 Abs. 4 Satz 2 gilt entsprechend.
8. Der Ausschluss des Mitgliedes gilt gleichzeitig als Abwahl aus dem Organ, dem das Mitglied angehört, ohne dass es noch einer Entscheidung des für die Abwahl zuständigen Organs bedarf.

§ 18 Inkrafttreten

Die vorstehende Mitgliederordnung wurde vom Beirat des bdla in seiner Sitzung am 15. März 1996 beschlossen und zuletzt geändert durch den Beschluss des Beirates vom 31. März 2023.

Satzung

des Bundes Deutscher Landschaftsarchitekten (bdla) Landesverband Sachsen e.V.

§ 1 Name und Sitz

1. Der Verein führt den Namen „Bund Deutscher Landschaftsarchitekten, Landesverband Sachsen e.V.“ (abgekürzt „bdla Sachsen e.V.“).
2. Das Gebiet des Landesverbandes umfasst das Bundesland Sachsen.
3. Der Verein hat seinen Sitz in Dresden und ist in das Vereinsregister beim Amtsgericht Dresden eingetragen.

§ 2 Zweck des Vereins

1. Der Landesverband ist eine Landesgruppe des Bundes Deutscher Landschaftsarchitekten e.V. mit Sitz in Berlin (im Folgenden „bdla-Bund“ genannt). Er ist der Zusammenschluss von Landschaftsarchitektinnen und Landschaftsarchitekten sowie von Diplom-Ingenieurinnen und Diplom-Ingenieuren der Fachrichtungen Landschaftsarchitektur/Landespflege, die Mitglieder des bdla-Bund sind und ihren Wohn-, Geschäfts- oder Dienstsitz im Land Sachsen haben.
2. Der Landesverband vertritt die berufsständischen, fachlichen und wirtschaftlichen Interessen seiner Mitglieder.
3. Der Landesverband verfolgt keine religiösen, parteipolitischen oder eigenwirtschaftlichen Zwecke.

§ 3 Aufgaben des Vereins

In Übereinstimmung mit den Aufgaben des bdla-Bund verfolgt der Landesverband insbesondere folgende Aufgaben:

1. Vertretung der Interessen der Landschaftsarchitekten in Öffentlichkeit, Politik, Verwaltung, Wirtschaft und bei berufsständischen Organisationen, insbesondere der Architektenkammer Sachsen und anderen Berufsverbänden,
2. Wahrnehmung der Interessen im Bereich der Freiraumplanung und der Grünordnung, des Naturschutzes und der Landschaftspflege, im Sinne der gesetzlichen Bestimmungen des Bundes und der Länder,
3. Beteiligung an der Berufsausbildung und Weiterbildung, Förderung des Berufsnachwuchses sowie Förderung der Wissenschaft und der Fachliteratur,
4. Zusammenarbeit mit dem bdla-Bund sowie anderen Organisationen auf Landesebene,
5. Vertretung der Interessen der Mitglieder des Landesverbandes im Beirat des bdla-Bund,
6. Förderung des Normen- und Sachverständigenwesens.

Die Mitgliederversammlung kann die Wahrnehmung weiterer Aufgaben beschließen, soweit diese nicht im Widerspruch zur Satzung des bdla-Bund stehen.

§ 4 Mitgliedschaft

1. Die Mitgliedschaft richtet sich nach den Vorschriften der Mitgliederordnung des bdla-Bund.
2. Der Landesverband hat
 - a) ordentliche Mitglieder,
 - b) außerordentliche Mitglieder,
 - c) korrespondierende Mitglieder,
 - d) Ehrenmitglieder,
 - e) Juniormitglieder.
3. Ordentliche Mitglieder sind solche Personen, die berechtigt sind, die Berufsbezeichnung „Garten- und Landschaftsarchitekt“ oder „Landschaftsarchitekt“ zu führen.
4. Als außerordentliche Mitglieder können aufgenommen werden
 - a) Diplom-Ingenieure einer Fachrichtung der Landschaftsarchitektur/Landespflege, die nicht zur Führung der in Abs. 3 genannten Berufsbezeichnung berechtigt sind,
 - b) Angehörige anderer Fachdisziplinen, die überwiegend im Bereich der Landschaftsarchitektur/Landespflege tätig sind, sofern sie die Berufsgrundsätze des bdla anerkennen und sich an diese halten.

Außerordentliche Mitglieder haben die gleichen Rechte und Pflichten wie ordentliche Mitglieder, sofern in dieser Satzung oder in der Mitgliederordnung des bdla-Bund nichts anderes geregelt ist.

5. Als korrespondierende Mitglieder kann die Mitgliederversammlung des Landesverbandes auf Antrag des Vorstandes solche Persönlichkeiten berufen, die, ohne die Voraussetzungen für eine ordentliche oder außerordentliche Mitgliedschaft zu erfüllen, die Zielsetzungen des Landesverbandes aktiv unterstützen. Sie sind weder stimm- noch wahlberechtigt. Die Mitgliedschaft dieser Mitglieder im bdla-Bund richtet sich nach den Bestimmungen der Mitgliederordnung des Bundes.
6. Der Landesverband kann durch Beschluss der Mitgliederversammlung solchen Persönlichkeiten die Ehrenmitgliedschaft verleihen, die sich um den Landesverband oder die Interessen seiner Mitglieder in besonderer Weise verdient gemacht haben. Sie stehen einem ordentlichen Mitglied gleich, sind jedoch von der Beitragspflicht befreit. Die Rechte und Pflichten aus der Mitgliedschaft beim bdla-Bund werden durch die Verleihung der Ehrenmitgliedschaft im Landesverband nicht berührt.
7. Der Landesverband kann nach eigenem Ermessen Studenten und Absolventen der Fachrichtung der Landschaftsarchitektur/Landespflege, die Mitglied im bdla-Bund werden wollen, als Juniormitglieder aufnehmen. Näheres hierzu regelt die Mitgliederordnung des bdla-Bund.

§ 5 Rechte und Pflichten der Mitglieder und Juniormitglieder

1. Jedes Mitglied des Landesverbandes ist berechtigt, Anträge an die Organe des Landesverbandes zu stellen und Einrichtungen des Landesverbandes in Anspruch zu nehmen.
2. Jedes Mitglied ist insbesondere verpflichtet,
 - a) die Ziele des Landesverbandes zu fördern und ihm Auskünfte zu erteilen, soweit diese zur Erreichung seiner Ziele notwendig sind,
 - b) an den Landesverband Mitgliedsbeiträge gemäß den Beschlüssen der Mitgliederversammlung zu zahlen,
 - c) die Berufsgrundsätze gemäß der Mitgliederordnung des bdla-Bund zu beachten.
3. Die Tätigkeit der Mitglieder in den Organen des Landesverbandes oder als Kassenprüfer erfolgt ehrenamtlich. Reisekosten, Auslagen und Aufwandsentschädigungen werden gemäß den Bestimmungen der Reisekostenordnung des bdla-Bund erstattet.
4. Juniormitglieder sind berechtigt, an den Mitgliederversammlungen und Veranstaltungen des Landesverbandes teilzunehmen. Ein Antrags-, Stimm- oder Wahlrecht steht ihnen zu. Sie haben außerdem das Recht, den Zusatz „Juniormitglied im bdla-Sachsen“ zu führen.
5. Die Rechte und Pflichten der Mitglieder im bdla-Bund bleiben durch die vorstehenden Bestimmungen unberührt.

§ 6 Mitgliedsbeiträge/Geschäftsjahr

1. Die Beiträge der Mitglieder und Juniormitglieder für den Landesverband werden von der Mitgliederversammlung festgesetzt und vom Schatzmeister des Landesverbandes oder - in Abstimmung mit dem Landesverband - von der Bundesgeschäftsstelle jährlich erhoben. Näheres regelt die Beitragsordnung des Landesverbandes. Die Mitgliedsbeiträge des bdla-Bund werden gesondert erhoben.
2. Geschäftsjahr im Sinne der Beitragsordnung ist das Kalenderjahr.

§ 7 Beendigung der Mitgliedschaft

1. Die Beendigung der Mitgliedschaft richtet sich nach der Mitgliederordnung des bdla-Bund.
2. Die Beendigung der Mitgliedschaft befreit das bisherige Mitglied nicht von seinen vor dem Ausscheiden entstandenen Verpflichtungen gegenüber dem Landesverband. Sie gibt ihm keine Ansprüche auf das Vermögen des Landesverbandes.

§ 8 Organe

Organe des Landesverbandes sind

1. die Mitgliederversammlung,
2. der Vorstand.

§ 9 Mitgliederversammlung

1. Mindestens einmal im Jahr ist eine ordentliche Mitgliederversammlung durchzuführen. Tagungsort und Tagesordnung bestimmt der Vorstand. Außerordentliche Mitgliederversammlungen können vom Vorstand in Einzelfällen einberufen werden.
2. Die Einladungen zu den ordentlichen Mitgliederversammlungen müssen spätestens 21 Tage, zu den außerordentlichen Mitgliederversammlungen spätestens 8 Tage vor dem Versammlungstermin abgesandt werden.
3. Anträge zur Tagesordnung sind spätestens 10 Tage vor der Versammlung beim Vorstand einzureichen, wobei Anträge auf Satzungsänderungen als solche zu kennzeichnen sind. Anträge außerhalb der Tagesordnung können zugelassen werden, wenn dies die Mitgliederversammlung mehrheitlich beschließt; dies gilt nicht für Anträge auf Änderung der Satzung. Sie bedürfen zu ihrer Annahme einer 2/3-Mehrheit der anwesenden Mitglieder.
4. Über den Inhalt der Mitgliederversammlung ist ein Ergebnisprotokoll anzufertigen und vom Sitzungsleiter und dem Protokollführer zu unterschreiben. Das Protokoll ist allen Mitgliedern der Landesgruppe sowie der Bundesgeschäftsstelle des bdla-Bund unverzüglich zuzuleiten.

§ 10 Aufgaben der Mitgliederversammlung

Die Mitgliederversammlung beschließt über

- a) Wahl, Abberufung und Entlastung der Vorstandsmitglieder,
- b) den Landesverbandsbeitrag sowie die Erstattung von Auslagen und die Zahlung von Entschädigungen an die Mitglieder der Organe und Ausschüsse,
- c) den Haushalt des Landesverbandes,
- d) Wahl der Kassenprüfer,
- e) die Vertretung des Berufsstandes bei der Architektenkammer,
- f) Berufung und Abberufung der Fachsprecher und der Mitglieder der Ausschüsse und Arbeitskreise,
- g) Einrichtung einer Geschäftsstelle,
- h) Wahl und Entlastung eines Geschäftsführers nach Vorschlag des Vorstandes,
- i) Berufung von korrespondierenden oder Ehrenmitgliedern des Landesverbandes sowie Anträge auf entsprechende Mitgliedschaften im bdla-Bund,
- j) Änderungen der Satzung des Landesverbandes,
- k) alle berufspolitischen Grundsatzfragen.

§ 11 Vorstand

1. Der Gesamtvorstand im Sinne des § 26 BGB besteht aus
 - a) dem Vorsitzenden,
 - b) dem stellvertretenden Vorsitzenden,
 - c) dem Schatzmeister.
2. Die Mitglieder des Vorstandes sind einzeln vertretungsberechtigt mit der Maßgabe im Innenverhältnis, dass der Verein regelmäßig durch den Vorsitzenden, im Falle seiner Verhinderung durch den stellvertretenden Vorsitzenden oder den Schatzmeister vertreten wird.
3. Die Mitglieder des Vorstandes werden von der Mitgliederversammlung einzeln in geheimer Wahl mit relativer Mehrheit gewählt. Als Vorsitzender sind nur ordentliche Mitglieder des Landesverbandes wählbar.

Die Amtsdauer beträgt 3 Jahre. Zweimalige Wiederwahl ist möglich. Jedes Vorstandsmitglied bleibt bis zur Neuwahl im Amt.

Scheidet ein Mitglied des Vorstandes während seiner Amtszeit aus, kann der Vorsitzende ein Ersatzmitglied bis zur Neuwahl des Vorstandsmitglieds auf der nächst folgenden Mitgliederversammlung berufen.
4. Die Mitgliederversammlung wählt aus dem Kreise der Mitglieder bis zu 4 Beisitzer, die zusammen mit dem Vorstand den Gesamtvorstand bilden. Die Beisitzer haben dort lediglich beratende Funktion. Für die Wahl und die Amtsdauer der Beisitzer gilt die Regelung unter Ziffer 3 entsprechend.

§ 12 Aufgaben des Vorstandes

1. Aufgaben des Vorstandes sind:
 - Durchsetzung der Zielsetzungen des bdla-Bund gemäß seiner Satzung, der Mitgliederordnung und den Beschlüssen des Beirates auf Landesebene;
 - Leitung des Landesverbandes im Rahmen seiner Satzung und der Beschlüsse seiner Mitgliederversammlung; sollten diese nicht rechtzeitig herbeigeführt werden können, ist eine vorläufige Beschlussfassung möglich;
 - Erstellung des Jahresberichtes;
 - Vorbereitung des Haushaltsplans;
 - Bewilligung und Einsatz von Mitteln bis zur Gesamthöhe von 10 % des Haushaltsvolumens;
 - Ausübung des Rügerechts gegenüber den Mitgliedern des Landesverbandes bei Verstoß gegen Berufsgrundsätze;
 - Wahrnehmung der Funktionen des Aufnahmeyausschusses gemäß den Vorschriften der Mitgliederordnung des bdla-Bund, solange ein Aufnahmeyausschuss nicht eingerichtet wurde;
 - Einstellung, Überwachung und Entlassung des Geschäftsstellenpersonals;
 - Aufnahme von Juniormitgliedern;
 - Änderungen der Satzung, soweit diese zur Eintragung in das Vereinsregister erforderlich sind und der materielle Inhalt der Satzung nicht oder nur unwesentlich geändert wird.
2. Der Vorsitzende oder im Falle seiner Verhinderung sein Vertreter beruft und leitet die Sitzungen des Vorstandes und der Mitgliederversammlung. Er ist zur Teilnahme an den Sitzungen der Ausschüsse und Arbeitskreise berechtigt.

§ 13 Beschlussfassungen

1. Jedes Organ ist unabhängig von der Zahl der anwesenden stimmberechtigten Mitglieder beschlussfähig.
2. Jedes stimmberechtigte Mitglied in den Organen hat eine Stimme.
3. Beschlüsse werden mit einfacher Mehrheit der anwesenden Mitglieder gefasst, soweit in dieser Satzung oder durch zwingende gesetzliche Vorschriften nichts gegenteiliges geregelt ist. Stimmenthaltungen und ungültige Stimmen bleiben bei der Stimmzählung unberücksichtigt. Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des Sitzungsleiters.
4. Mit Zustimmung und Beteiligung aller Mitglieder eines Organs können Beschlüsse auch im schriftlichen Verfahren außerhalb einer Sitzung gefasst werden. Das Beschlussergebnis ist den Mitgliedern des Organs anschließend schriftlich mitzuteilen.
5. Beschlüsse zur Änderung der Satzung bedürfen der 2/3-Mehrheit der anwesenden Mitglieder.
6. Der Schatzmeister hat bei allen Beschlüssen ein Vetorecht, sofern diese nicht im Rahmen der Ansätze des Jahreshaushalts liegen.

§ 14 Auflösung und Liquidation des Landesverbands

1. Die Auflösung des Landesverbandes kann nur von der Mitgliederversammlung beschlossen werden. Dahingehend begründete Anträge müssen durch mindestens ein Drittel der Mitglieder unterstützt und dem Vorstand zugeleitet werden. Der eingetragene Verein wird aufgelöst, wenn mindestens drei Viertel der anwesenden Mitglieder für die Auflösung stimmen. Es muss offen abgestimmt und das Ergebnis protokolliert werden.
2. Im Falle der Auflösung des Vereins erfolgt die Liquidation durch den Vorstand. Das Vermögen des Vereins fällt dem bdla-Bund zu.

§ 15 Inkrafttreten

Die vorstehende Satzung wurde von der Mitgliederversammlung des bdla - Sachsen auf der Grundlage der bisher geltenden Satzung in der Fassung vom 8.4.1995 und 12.12.2007 in seiner Sitzung vom 13.05.2019 beschlossen. Sie tritt, gegebenenfalls mit den zur Eintragung noch erforderlich werdenden Änderungen mit dem Tage ihrer Eintragung in das Vereinsregister in Kraft und ersetzt von diesem Tag an die bisher geltende Satzung.

Beitragsordnung des Bund Deutscher Landschaftsarchitekt:innen bdla
Landesverband Sachsen e.V.
– gültig mit Wirkung vom 01.01.2026 –

§ 1 Festsetzung und Erhebung der Mitgliedsbeiträge

1. Die Mitglieder des bdla Sachsen sind verpflichtet, zusätzlich zu den Mitgliedsbeiträgen an den bdla-Bundesverband, Mitgliedsbeiträge an den bdla Sachsen gemäß den nachstehenden Vorschriften zu entrichten.
2. Die Mitgliedsbeiträge für den bdla Sachsen sind für die ordentlichen und die außerordentlichen Mitglieder über einen festen Prozentsatz linear an die Mitgliedsbeiträge des bdla-Bundesverband gekoppelt.
3. Die Mitgliedsbeiträge für den bdla Sachsen werden von der Mitgliederversammlung mit einfacher Mehrheit festgesetzt. Änderungen der Beitragssätze des bdla – Bundesverbandes wirken sich auch ohne Änderung der Beitragsordnung des bdla Sachsen auf die zu zahlende Beiträge aus. Ein bestätigender Beschluss der Mitgliederversammlung des Landesverbandes ist nicht notwendig.
4. Der bdla Sachsen beauftragt den bdla-Bundesverband, die Landesverbandsbeiträge einschließlich der Beiträge für Juniormitglieder zusätzlich zum Bundesbeitrag zu erheben und an den Landesverband abzuführen.

§ 2 Beitragssatz

1. Selbständige Mitglieder zahlen als Landesverbandsbeitrag 45 % des Grundbeitrags, den sie an den bdla Bundesverband gemäß der jeweils aktuellen Beitragsordnung des Bundesverbandes zu entrichten haben.
2. Partner:innen in freiberuflichen Büros zahlen 44 % des Grundbeitrags, den sie an den bdla-Bundesverband gemäß der jeweils aktuellen Beitragsordnung des Bundesverbandes zu entrichten haben.
3. Angestellte und beamtete Mitglieder zahlen als Landesverbandsbeitrag jährlich 77,65 % des Beitrags, den sie an den bdla Bundesverband gemäß der jeweils aktuellen Beitragsordnung des bdla Bundesverbandes zu entrichten haben.
4. Senior:innen zahlen als Landesverbandsbeitrag 77,65 % des Beitrags, den sie an den bdla Bundesverband gemäß der jeweils aktuellen Beitragsordnung des Bundesverbandes zu entrichten haben.
5. Für Beitragsermäßigungen von angestellten und beamteten Neumitgliedern sowie von angestellten und beamteten Mitgliedern, die in Teilzeit tätig sind oder die in Elternzeit sind oder die arbeitssuchend sind, gelten dieselben Regelungen wie in der jeweils aktuellen Beitragsordnung des bdla Bundesverbandes. Sie zahlen als Landesverbandsbeitrag 77,65 % des Beitrags, den sie an den bdla Bundesverband zu entrichten haben.
6. Hat ein selbstständiges Mitglied bei der Bemessung seines Bundesverbandsbeitrags sein Wahlrecht ausgeübt, technische Mitarbeiter:innen, die Mitglied im bdla sind, in die Berechnung seines eigenen Bundesverbandsbeitrags einzubeziehen (Ziffer 2.5 der Beitragsordnung des bdla Bundesverbandes), so sind diese technischen Mitarbeiter:innen auch vom Landesverbandsbeitrag freigestellt.

§ 3 Festsetzung und Erhebung der Beiträge für Juniormitglieder

1. Der Jahresbeitrag für Juniormitglieder, die sich im Studium befinden oder sich im Kalenderjahr ihres Studienabschlusses befinden, beträgt 25,00 Euro.
2. Der Jahresbeitrag für Juniormitglieder im 1. bis 3. Kalenderjahr nach Abschluss des Studiums beträgt 75,00 Euro.
3. Der Beitrag der Juniormitglieder wird vom bdla-Bundesverband erhoben und an den Landesverband abgeführt.
4. Der Nachweis des Studierendenstatus bzw. des Studienabschlusses ist regelmäßig und unaufgefordert durch geeignete Dokumente gegenüber der Bundesgeschäftsstelle zu erbringen.
5. Hat sich der/die Arbeitgeber:in eines angestellten Juniormitglieds gemäß § 2.5 der Bundesbeitragsordnung entschieden, den/die Mitarbeiter:in in die Zuschlagsberechnung für technische Mitarbeiter:innen einzubeziehen, entfällt der Beitrag des Juniormitglieds für denselben Zeitraum.
6. Für den Beitragseinzug der Juniormitglieder gelten die einschlägigen Bestimmungen der Bundesbeitragsordnung in ihrer jeweils gültigen Fassung entsprechend. Diese gehen im Zweifelsfall den Regelungen des Landesverbandes vor.
7. Erfolgt im laufenden Kalenderjahr ein Wechsel des Mitgliedsstatus vom Juniormitglied zum ordentlichen oder außerordentlichen Mitglied, wird für das laufende Kalenderjahr weiterhin der Beitragssatz für Juniormitglieder angewendet.

§ 4 Fälligkeit des Beitrags

Die Fälligkeit des Landesbeitrags ergibt sich aus der aktuell geltenden Regelung zur Fälligkeit des Bundesbeitrags durch den bdla-Bundesverband.

§ 5 Härtefallregelung

In begründeten und nachvollziehbaren Härtefällen kann der Landesvorstand per Beschluss die Beitragszahlung reduzieren oder für einen definierten Zeitraum aussetzen.

§ 6 Inkrafttreten

Die vorstehende Beitragsordnung tritt mit Wirkung zum 01. Januar 2026 in Kraft.

Beschlossen am von der Mitgliederversammlung des bdla Sachsen

BEITRAGSÜBERSICHT BDLA SACHSEN GÜLTIG AB 01.01.2026

	Beitrag	
	Bund	Sachsen
<u>1. Mitgliedsbeitrag für selbständige Mitglieder</u>		
1.1 Büroinhaber:innen, Gesellschafter:innen, Geschäftsführer:innen, juristischer Personen	600,00 €	270,00 €
1.2 Partner:innen im bdla	300,00 €	135,00 €
1.3 bei nachgewiesenem Jahresumsatz (Vorjahr) unter 60.000 €	300,00 €	135,00 €
Im Eintrittsjahr und in den folgenden drei Kalenderjahren 50% des berechneten Mitgliedsbeitrags (im Aufnahmejahr anteilig für die vollen Kalendermonate der Mitgliedschaft).		
<u>2. Mitgliedsbeitrag für Angestellte und beamtete Mitglieder*</u>		
2.1 Jahresbeitrag	170,00 €	132,00 €
2.2 im Eintrittsjahr und den folgenden drei Kalenderjahren (im Aufnahmejahr anteilig für volle Kalendermonate der Mitgliedschaft)	85,00 €	66,00 €
<u>3. Mitgliedsbeitrag für Senior:innen</u>		
3.1 Mitglieder, die ihre berufliche Tätigkeit aufgegeben haben	85,00 €	66,00 €
<u>4. Mitgliedsbeitrag für Teilzeit-Mitarbeiter:innen</u>		
4.1 angestellte und beamtete Mitglieder, die in Teilzeit arbeiten (max. 20 Wochenarbeitsstunden) oder Elternzeit in Anspruch nehmen oder Arbeitssuchende	85,00 €	66,00 €
<u>5. Mitgliedsbeitrag für Juniormitglieder</u>		
5.1 Juniormitglieder im 1. bis 3. Kalenderjahr nach Abschluss des Studiums		75,00 €
5.2 Juniormitglieder, die sich im Studium oder im Kalenderjahr ihres Studienabschlusses befinden		25,00 €

Beschlossen am von der Mitgliederversammlung des bdla Sachsen

*§ 2 Nr. 6 Beitragsordnung Landesverband Sachsen:

Hat ein selbstständiges Mitglied bei der Bemessung seines Bundesverbandsbeitrags sein Wahlrecht ausgeübt, technische Mitarbeiter:innen, die Mitglied im bdla sind, in die Berechnung seines eigenen Bundesverbandsbeitrags einzubeziehen (Ziffer 2.5 der Beitragsordnung des bdla Bundesverbandes), so sind diese technischen Mitarbeiter:innen auch vom Landesverbandsbeitrag freigestellt.